



2011/36 Antifa

<https://shop.jungle.world/artikel/2011/36/deutsches-haus>

Deutsches Haus

<none>

Die Polizeiinspektion Dingolfing (Bayern), die Kriminalpolizei Landshut und die Staatsanwaltschaft Landshut haben einen Verdächtigen ermittelt, dem mehrere Sachbeschädigungen, unter anderem an einer Moschee, und das Anbringen ausländerfeindlicher Schmierereien im Stadtgebiet von Dingolfing vorgeworfen werden. Der 25jährige soll bereits im Jahr 2007 Steine auf die Moschee des Türkischen Islamvereins geworfen und in der Folgezeit weitere ausländerfeindliche Taten begangen haben. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 10 000 Euro. Wie das Wochenblatt am 31. August berichtete, legte der Mann bei seiner Vernehmung ein umfangreiches Geständnis ab. Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung, Beleidigung und Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen eingeleitet. Wie die Bönningheimer Zeitung am 30. August berichtete, zerstörten Unbekannte mehrere Fensterscheiben an einer Moschee in Sachsenheim (Baden-Württemberg). Eine Überwachungskamera hielt das Geschehen fest. Die Polizei geht von einer ausländerfeindlichen Tat aus. Ein Mitglied des Moscheevereins wies in dem Zeitungsbericht darauf hin, dass es seit dem Bau des Hauses im Jahr 2007 mehrfach zu Sachbeschädigungen gekommen sei. Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks Unicef sind die Lebensbedingungen für Kinder, die aus Deutschland in das Kosovo abgeschoben werden, äußerst schlecht. Ihre Familien müssen der Unicef zufolge meist in heruntergekommenen Wohnungen ohne Heizung und Wasseranschluss leben, einen Anspruch auf Sozialhilfe haben sie nicht. Drei Viertel der abgeschobenen Roma- und Ashkali-Kinder besuchen keine Schule. Der Zentralrat der Sinti und Roma wies zudem darauf hin, dass Roma- und Ashkali-Familien im Kosovo Gewalt ausgesetzt seien. In Deutschland droht derzeit etwa 6 000 Kindern die Abschiebung in das Kosovo. Die Regierungen von Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Bremen haben zwar inzwischen Einzelfallprüfungen veranlasst, in denen die Folgen einer Abschiebung eingeschätzt werden sollen. Unicef fordert jedoch ein Ende der Zwangsabschiebungen. Das berichtete die Welt am 26. August. Am späten Abend des 25. August griffen zwei junge Männer vor der Stadthalle von Cottbus (Brandenburg) einen marokkanischen Studenten an. Die beiden 19jährigen beschimpften den 32jährigen zunächst in rassistischer Weise und spuckten in seine Richtung. Wie die Polizei Cottbus mitteilte, schlug ein Angreifer dem Marokkaner dann mit einem Schlagring an den Kopf. Als Passanten versuchten, den 19jährigen festzuhalten, fügte er dem Studenten mit weiteren Schlägen Platzwunden am Kopf und im Gesicht zu. Die hinzugerufene Polizei nahm die Angreifer noch am Tatort fest. Die Staatsanwaltschaft beantragte für den Haupttäter einen Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz. MST